

# Schwarzwälder Tageszeitung

Geegründet  
1877

„Aus den Tannen“

Samstagsausgabe  
1914

Antisblatt für den Bezirk Nagold und für Ulmenfeld-Stadt. Allgemeine Anzeigen für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Wegzugspreis: 10 Pfennige. Die Einzelnummer kostet 10 Pfennige. Bei Ab- | Kuzelgenpreis: Die ständige Rate oder deren Raum 12 Pfennige, die Wochensatz 25 Pfennige  
schließen der Zeitung infolge höherer Gewalt oder Betriebsänderung besteht kein Anspruch auf Refund. | Zustellbar innerhalb 3 Tagen. — Für telegraphisch ersandte Rasttage Anzeigen mit keine Gewähr

Nr. 24.

Ulmenfeld, Dienstag den 20. Januar.

Seitgang 1914

## Zum Schutz der Hypothekengläubiger.

Der Hypothekengläubiger-Schutzverband in Stuttgart hat eine Anzahl geistig führender Männer um Mitteilung ihrer Ansicht über die Aufwertung von Hypotheken und sonstigen Geldschulden zwecks Veröffentlichung gebeten. Hier die Antwort von Dr. Ludwig F. v. d. Hagen:

Solange es bei uns üblich war, auf Goldmark Papiermark zurückzugeben, galten wir im Auge des Auslandes nicht mehr als anständige Menschen, und Hand aufs Herz, auch nicht mehr im Inland. Es war uns im Taumel des Abstiegs das selbstverständliche Ehrgefühl abhand gekommen, Gleichwertiges zurückzugeben. Die Zeit hatte durch ein Taschenspielerkunststück unegales Erwerb günstig gestempelt. Dieses sittliche Fregehen eines Volkes gehört zum Erschütterndsten, das uns die letzten zehn Jahre brachten, denn es wurde noch durch die Gerichte unterstützt.

Damit hat jene oberstrichterliche Entscheidung aufgeräumt, die eine gerechte Aufwertung geschwundener Papiermark nach Maßgabe des einzelnen Falls und der Kräfte als geboten anerkennt. Die schuldlöse Verarmung eines Volksteils — des Gläubigers — durch ungerechtfertigte Bereicherung des anderen — des Schuldners — soll wieder gut gemacht werden.

Wenn nun trotz dieser reichsgerichtlichen Entscheidung und im Widerspruch mit dem klaren Rechtsgefühl der Staat unter einem Vorwand diesen Heilungsprozess verhindern und die Hand auf das dem Gläubiger zukommende Gut legen würde, als ob es herrenlos wäre, — was ihm kaum ein vernünftiger Mensch zuzutrauen vermöchte, — so würde er damit einen unheilvollen Grundsatz innerhalb Deutschlands proklamieren, den Grundsatz: „Macht geht vor Recht“, und er würde zugleich aller offenen und heimlichen Gegenwart und Selbsthilfe Tür und Tor öffnen. Die Schmach würde sich gegen ihn selber kehren. Er müßte dann auch in der Außenpolitik diesen bisher von Frankreich und anderen gegen uns durchgeführten Grundsatz gelten lassen und würde in vielen und getreuen Herzen Verwirrung anrichten.

Eine Befreiung unseres Volkes kann nur aus einem neuen sittlichen Rechtsbewusstsein heraus erfolgen. Erst wenn ein gegebenes Wort wieder gilt, kann man Vertrauen schenken. Es wäre gefährlich, dieses Vertrauen von Staatswegen aufs neue zu erschüttern. Sondern der Staat muß dem Volke vorangehen und Beispiel geben und ihm wieder Marktreue ehrenhafter Bestimmung setzen, an denen es sich aufrichten kann. Nur dann wird es das Volk heranziehen, das die Achtung der Welt verdient.

Weiter wird uns u. a. geschrieben:

Die neuesten Kundgebungen der Herren Reichsminister der Finanzen und der Justiz zur Aufwertungsfrage können nicht unüberdoppelt bleiben. Der Glaube des Herrn Reichsfinanzministers, die Hypothekengläubiger hätten innerlich ihre Hypotheken längst abgeschrieben, widerspricht den Tatsachen. Die Absicht, die Aufwertung der Hypotheken in anderem Sinne zu regeln, als das Reichsgericht es fordert, hat landau, landab bei allen Gläubigern Partei für sich ausgesprochen. Von einer Abschreibung bei den noch eingetragenen Hypotheken kann gar keine Rede sein. Wenn das deutsche Volk nach der Behauptung des Herrn Reichsfinanzministers die Hypotheken verzerren haben sollte, so ist es zu diesem Gastmahl von den Hypothekengläubigern, insbesondere den Witwen und Waisen, die die man zur Anlage ihres Vermögens in mündelsicherer Weise gezwungen hat, jedenfalls nicht eingeladen worden. Wenn jemand für einen Verzehr, dessen Bezahlung er freiwillig versprochen hat, nachträglich nichts bezahlen will, so hat man ein solches Gebären in Zeiten, wo Treu und Glauben noch etwas galten, landläufig als Hochverrat bezeichnet. Solche Leute hat sich auch der Staatsanwalt denn näher angesehen. Wenn die Gläubiger, und zwar alle Gläubiger, auch solche von Reichs-, Staats- und Gemeindeanleihen, Sparkassen, Versicherungen usw. glauben, daß ihre Schuldner so anständig seien, wie dies tatsächlich auch manche sind, ihre Schulden in angemessener Weise zu bezahlen, so ist dies kein Panzerglaube.

Es muß mit aller Entschiedenheit Einspruch gegen den Versuch erhoben werden, die ganze Frage auf ein falsches Geleise zu schieben und Gläubiger und Schuldner gegeneinander auszuspielen. Das Reichsgericht hat dem Rechte durch den Satz, den jeder anständig Denkende als

richtig anerkennen muß, zum Siege verholfen, daß angemessen aufgewertet werden müsse. Die Gläubiger verlangen durchaus nicht einfach die volle Aufwertung; sie wehren sich nur dagegen, daß die Schulden mit wertlosem Papiergeld durch einen Federstrich beseitigt werden. Sie lassen sich nicht ihr Recht auf gleiche Behandlung vor dem Gesetz durch Gewalt wegnehmen.

Wenn der Herr Reichsjustizminister behauptet, eine Aufwertung der Schuldverbindlichkeiten von Reichs-Ländern und Gemeinden könne wegen deren „Zahlungsunfähigkeit“ nicht in Frage kommen, so wird auch hierdurch wieder die Frage der Aufwertung auf ein falsches Geleise geschoben. Tatsache ist, daß nicht die Gläubiger, sondern die Schuldner gekündigt haben. Die Kündigung ist, wie gerichtlich festgestellt wurde, zum Zwecke der Ausbreitung der Selbstwertung erfolgt, nicht wegen Zahlungsunfähigkeit. Es ist bis jetzt noch nicht dazugekommen, daß Konkurschuldner ihre Schulden wegen Zahlungsunfähigkeit gekündigt haben. Wer nicht zahlen kann, kündigt nicht vor Verfall. Ein Schuldner, der seine fälligen Schulden nicht zahlen kann, verlangt Stundung oder stellt sein ganzes Vermögen zur gerechten Verteilung seinen Gläubigern zur Verfügung. Die Zahlungsunfähigkeit tilgt auch die Schuld nicht. Schuldner, denen es um redliche Zahlung ihrer Schuld zu tun ist, bitten um Stundung oder bieten Abfindungssummen an. Die Gläubiger der öffentlichen Körperschaften, denen unter feierlichen Versprechungen von Anfang an große Opfer zugemutet wurden, wollen sich keineswegs weiteren Opfern entziehen. Sie verlangen aber gerechte Verteilung der Opfer. Der Staat kann sich durch Ausbeutung der Selbstwertung nicht einfach seinen Verpflichtungen entziehen. Die Gerichte bezeichnen ein solches Gebären als gegen Treu und Glauben und gegen die guten Sitten verstoßend. Kein Mensch, und möge er noch so hoch gestellt sein, hat die Macht, das höchste Recht einfach auf den Kopf zu stellen.

Der Glaube an die Macht des Rechts ist kein Märchenglaube, sondern die Grundlage des Staates, an der Güter des Gesetzes nicht rütteln sollten.

## Macdonald gegen Frankreich.

Paris, 28. Jan. Ramsay Macdonald hat in einer Unterredung mit dem Vertreter des „Quotidien“ folgendes erklärt:

Man wirft Frankreich die Ruhrbesetzung vor, die nach unserer Ansicht die Hauptursache der wirtschaftlichen Notlage ist, die heute auf England lastet. Man wirft Frankreich vor, daß es nicht genügend Rücksicht auf die höheren Interessen Europas genommen habe und daß es gar keine Rücksicht auf die besonderen Interessen Englands nimmt. Außerdem wird die moralische und finanzielle Unterstützung, die Frankreich den kleinen Nationen für ihre Bewaffnung angedeihen läßt, einen neuen Krieg unvermeidlich machen. Frankreich entwerft unter Volk, das sich in aller Unrichtigkeit fragt, ob es sich nicht in die Notlage verwickelt, seinerseits militärische Vorbereitungen zu treffen und neue Allianzen zu suchen. Auf die Frage über das Verhältnis der Reparationsregelung zu den inneren Schulden antwortete Macdonald: Wir sind der Ansicht, daß die Frage der französischen Schulden gegenüber England nicht angeschnitten werden kann, ohne daß zu gleicher Zeit die gesamte europäische Lage erörtert würde. Ich werde niemals zulassen, daß diese beiden Fragen voneinander getrennt werden.

Macdonald sprach sich alsdann über den Völkerbund aus und erklärte, der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund würde für Frankreich im Osten die bestsicherste Bürgschaft sein. Auf die Frage, ob, wenn die französisch-englischen Verhandlungen zu keinem Ergebnis führen, die englische Regierung den Streik soll vor den Völkerbund bringen werde, erklärte Macdonald, er hoffe auf eine Verständigung mit Frankreich. Auf die Bemerkung, daß auch Poincaré in Frankreich Gegner seiner Politik habe, daß diese aber glaubten eine Räumung des Ruhrgebietes sei nicht möglich, bevor andere Bürgschaften geschaffen werden, antwortete der englische Premierminister: Das weiß ich, aber wir werden demnach Realitäten gegenübergestellt werden, oder wir werden uns in den Abgrund führen lassen. Die französische Ruhrbesetzung bringt keinen Vorteil für Frankreich, noch England, noch irgend jemand, aber sie bürgt in sich die keine für alle möglichen Katastrophen. Es wäre ein großer Irrtum, anzunehmen, daß man auf längere Zeit ungestraft ein Nation in ihren Interessen schädigen oder in ihren Stolz erniedrigen kann.

## Poincaré und die Frankentrife.

Paris, 28. Jan. Die französische Kammer verhandelt seit Freitag über die von der Regierung eingebrachten Vorlagen zur Sanierung des Budgets und zur Bekämpfung der Währungsnot. Am Schluß der Freitagssitzung wurde der Antrag des Ministerspräsidenten Poincaré angenommen. Die Mehrheit des „Nationalen Blocks“ hat in den letzten Tagen Neigung zur Opposition erkennen lassen.

Der ehemalige Vorsitzende der Reparationskommission Louis Dubois verlas namens der demokratischen republikanischen Entente (Kraggruppe) eine Erklärung, in der festgestellt wird, daß die augenblickliche Krise des Frankens unzweifelhaft auf das Versagen Deutschlands bei der Bezahlung seiner Schulden zurückzuführen sei.

Der sozialistische Abgeordnete Aurioi vertritt in seiner Rede den Standpunkt, daß für die mehr oder minder große Stabilität der Währung weit weniger der Inhalt des Budgets als vielmehr der nationale Kredit im Ausland maßgebend sei, auf den wieder die Außenpolitik von größtem Einfluß sei.

Poincaré erklärte, es gebe keine Abhilfe, es sei denn die Stabilisierung der Währung. Gerade diese Stabilisierung, die die Sachverständigen — davon sei er überzeugt — Deutschland aufzwingen würden, denke die Regierung mit den vorliegenden Entwürfen aus eigener Initiative zu erreichen. Der Ministerpräsident versicherte, daß der Frankens einer politischen Offensive des Auslandes ausgesetzt gewesen sei.

Nach verschiedenen Auseinandersetzungen mit Leon Blum fährt Poincaré fort: „Der Feldzug gegen uns verfolgte den Zweck, Frankreich zur Aenderung seiner auswärtigen Politik und zur Räumung des Ruhrgebietes zu zwingen. Im Auslande seien abscheuliche Artikel veröffentlicht worden, in der Absicht, bei uns die Panik hervorzurufen. Wir müssen uns unangreifbar machen, um uns dagegen schützen zu können. Frankreich habe seit vier Jahren mehrere hundert Milliarden für Deutschland ausgelegt und müßte sich diese Beträge nollens volens verschaffen. Wir stehen nicht mit leeren Händen da: Wir haben zwei Pfänder! Wenn unsere Gegner uns anraten, diese gegen andere auszutauschen, so läßt das darauf schließen, daß sie einen Wert besitzen. Wir müßten daher alles tun, um sie festzuhalten. Die Situation ist übrigens gar nicht so schlimm, wie sie verschiedene Redner darstellten. Im Gegenteil, man könne sich einem gewissen Optimismus hingeben, da Frankreich ein Bündnis mit der Tschechoslowakei unterzeichnet habe. Das französische Parlament muß sich jetzt um die Regierung scharf, um den Sturm gegen den Frankens abzuschlagen und die nationale Devise zu retten.“

## Neues vom Tage.

Die Zusammenkunft Jaspars-Poincaré.

Paris, 28. Jan. Die Zusammenkunft Jaspars mit Poincaré wird sowohl von belgischer wie französischer Seite mit Geheimnissen umgeben. Es wird berichtet, daß Jaspars, der erst am 3. Februar in Paris eintreffen sollte, auf besonderen Wunsch Poincarés aus Brüssel herbeigeeilt war. Die Aussprache zwischen den beiden Staatsmännern scheint von geradezu entscheidender Wichtigkeit gewesen zu sein. Frankreich und Belgien haben nach Londoner Meldungen von Macdonald Ausschüsse über die Wünsche und Absichten der Arbeiterregierung erhalten. Mit einschneidenden Veränderungen der diplomatischen Lage auf Grund einer aktiven Politik Macdonalds dürfte innerhalb der nächsten vierzehn Tage zu rechnen sein. Zur Frage wurde gestellt, ob Frankreich und Belgien die interalliierten Mächte zu einer allgemeinen Aussprache veranlassen soll. Immerhin haben sich die beiden Regierungen, insbesondere Frankreich, zu einem ersten Zugeständnis an den englischen Standpunkt entschlossen, nämlich in der Frage der autonomen Rheinpfalz. Die beiden Länder verständigen demnach auf eine Ratifizierung der von der provisorischen Regierung in Speyer getroffenen Verfügungen. Allerdings bleibt den seit dem 10. Dezember aus der Pfalz vertriebenen Beamten die Rückkehr versagt. Im übrigen sind sich Poincaré und Jaspars über eine entgegenkommende Haltung gegen die Arbeiterregierung Englands schloßlich geworden.

Der französisch-tschechische Vertrag.

Paris, 28. Jan. Der französisch-tschechische Bündnisvertrag, der jetzt amtlich veröffentlicht wird, ist inhaltlich schon bekannt. Er bezeichnet als sein Ziel die Aufrechterhaltung der durch die Friedensverträge geschaffenen rechtlichen und politischen Ordnung“ in





**Wirt. Berliner Produktionsnotierungen vom 28. Jan.**  
 In G.M.: Weizen, märk. 155-151, matt; Roggen, märk. 133-131, matt, schief. 132-130, matt; Brauereigerste 154-162, flau; Haber, märk. 101-107, flau; pomm. 93-101; Mais, ab Hamburg 167-168; Weizenmehl 22,75-25, matt; Roggenmehl 20,75-22,5; Weizenkleie 7,4-7,6, stetig; Roggenkleie 6,5-6,6; Raps 280-285, matt; Leinlaot 425, matt; Viktoriaerbisen 33-34; H. Speiseerbisen 17-21; Futtererbisen 11-13; Peluschken 12-14; Ackerbohnen 12-14; Wicken 16 bis 18,5; Lupinen, blaue 13-14, gelbe 15-17; Sesadella 1920 14,5-16; Rapskuchen 10,5-10,75; Weizenkuchen 22-23; Trockenschrot 7,5-7,8; vollwertige Buderkschnitzel 17,5-18; Kartoffelstoden 16,3-16,4.

**L.C. Stuttgarter Landesproduktionsbörse, 28. Jan.**  
 Es notierten 100 Kilo in Goldmark: Weizen 19 bis 19,5, Gerste 16,5-17,5, Roggen 17-17,5, Haber 12 bis 12,5, Weizenmehl 30,5-31,5, Brotmehl 27,5 bis 28,5, Kleie 7,5-8, Weizenhefen 7,75-8,25, Aleschen 8,75 bis 9,75, Stroh 5,75-6,25.

**Mannheimer Produktionsbörse, 28. Jan. Kleiner Umsatz, ruhige Tendenz.** Preis pro 100 Kilo halbfrei Mannheim: Weizen 19-19,25, Roggen 16,25-17,25, Gerste 19,25-19,75, Haber 13,75-14,75, Weizenmehl Spez. 0 28,5-29,25, Roggenmehl 24-24,25 M.

**Mannheim, 28. Jan. Dem Kleinviehmarkt waren 178 Kühe, 108 Bullen, 464 Rinde und Rinder, 380 Kälber, 123 Schafe und 1568 Schweine zugeführt.** Preis pro 50 Kilo Lebendgewicht: Kühe 20-40, Bullen 24-33, Rinde und Rinder 14-42, Kälber 36-48, Schafe 22-34, Schweine 48-64 M.

**Württ. Schweinemärkte.** Auf dem Markt in Heßigheim betrug die Zufuhr 52 Milch- und 10 Käufer-schweine. Preis 12-20 bzw. 42 M. - Crailsheim: Zufuhr 32 Käufer- und 348 Milchschweine. Saarpreis 40-92 bzw. 20-44 M. - Güglingen: Zufuhr 60 Milchschweine und 9 Käufer. Saarpreis 20 bis 28 bzw. 40-70 M. - Spaltingen: Ein Milchschwein kostete 12-24 M. - Ulm: Zufuhr 120 Milch- und 10 Käufer-schweine. Preis pro Stück 10 bis 18 bzw. 30-40 M. Handel flau.

**Letzte Nachrichten.**

**Eine Vereinbarung über die Hypothekenaufwertung.**  
 WTB. Berlin, 29. Jan. Die „Vossische Zeitung“ wissen wir, ist zwischen dem Reichsfinanzministerium und dem Reichsjustizministerium eine Vereinbarung getroffen worden, wonach im Rahmen der dritten Sitzungsperiode die Hypothekenaufwertung generell auf 10% des Bestwertes begrenzt wird. Nur in Ausnahmefällen kann durch Gerichtsmittel darüber hinaus bis zu 25% gezungen werden. Das Reichskabinett wird, dem Blatte zufolge, heute über diese Vereinbarung Bescheid fassen. Ob für die Aufwertung der Obligationen derselben Sätze gelten sollen wie für die Hypotheken, steht noch nicht fest.

**Macdonalds als Vize-Konkurrenz.**  
 WTB. London, 29. Jan. Gestern fand am späten Nachmittag eine Kabinetsitzung statt, nachdem Ramsay MacDonald im Foreign Office die Gesandten der auswärtigen Mächte empfangen hatte. Nach dem „Evening Standard“ hat MacDonald die Prüfung einer Reihe von Dokumenten und von Material zwecks Anerkennung Russlands, über die separatistische Frage, die Frage der Reparationen, sowie andere auswärtige Fragen von hervorragender Bedeutung so gut wie beendet. MacDonald habe die Absicht, in Übereinstimmung mit allen seinen Ministern eine direkte und umfangreichere Konkurrenzpolitik zu verfolgen. „Evening News“ will wissen, dass Ramsay MacDonald in nicht allzu fernere Zeit eine europäische Konferenz vorschlagen werde, die das große Problem der Regelung der europäischen Fragen einschließlich der Frage der deutschen Reparationen, der interalliierten Schulden und der Handelsbeziehungen, sowie der Errichtung des Völkerbundes auf einer besseren Grundlage zum Ziele haben werde.

**In Berlin eingetroffen.**  
 WTB. Paris, 28. Jan. Die Mitglieder der 1. Sachverständigenkommission sind gestern Abend nach Berlin abgereist. Eine Anzahl Sachverständiger der 2. Kommission haben zu gleicher Zeit die Reise nach Berlin angetreten.

**Erregung der polnischen Notenpresse.**  
 WTB. Warschau, 29. Jan. In einem Aufruf des polnischen Ministerpräsidenten Gabriel wird erklärt, daß ab 1. Februar die polnische Notenpresse stillgelegt und der Staat von den neu zu schaffenden Emissionen für seine Bedürfnisse keine Notizen mehr in Anspruch nehmen wird.

**Die vom deutschen Eisenbahnverband eingeleitete Abkündigung verboten.**  
 WTB. Berlin, 29. Jan. Blättermeldungen aus Dresden zufolge hat das Bezirkskommando IV die vom deutschen Eisenbahnverband eingeleitete Abkündigung über einen eventuellen Streik der Eisenbahner wegen der Arbeitszeitverlängerung unter Hinweis auf die Streikverordnung vom 27. September 1923 verboten und verschiedene Personen inhaftiert, sowie Unruhen, Abkündigungswort und anderes Material beschlagnahmt lassen.

**Von den Franzosen besetzt.**  
 WTB. Metz, 26. Jan. Heute vormittag haben die Franzosen die drei Finanzkassen und die kaiserliche Sparkasse militärisch besetzt. Diese Maßnahmen sind erfolgt, um die Zahlung der Kontributionssumme von 100 000 Goldmark zu erzwingen, die der Stadt wegen der Errichtung des französischen Professors Konstant anlässlich des damaligen Separatistenkongresses aufgelegt wurde.

**Die Polen haben 150 reichsdeutsche Familien ausgewiesen.**  
 WTB. Berlin, 28. Jan. Nach Meldungen Posener Blätter hat das polnische Ministerium des Innern die Ausweisung von je 150 reichsdeutschen Familien aus den Wohnschaften Posens und Pommerellen als Repressalie für die angebliche Ausweisung polnischer Staatsangehöriger aus Bayern angedroht. Diese Nachricht muß aufs Äußerste bedenklich, da die Ausweisungen, die Bayern gegen polnische Staatsangehörige verfügt hatte, bis jetzt noch nicht durchgeführt worden sind. Nur in 14 Fällen sind die davon Betroffenen, ohne daß sie das Ergebnis der dem polnischen Generalkonsul in München angebotenen Verhandlungen abgewartet hätten, aus dem Reich abgewiesen.

Der richtige Weg für alle Steuerpflichtigen, Dekontrollierten und Gewerbetreibende

# Organisations-Contibuch fürs Finanzamt!

Allseitig anerkannt, eingeführt und empfohlen.

## Umsatz-, Einkommen-, Inventurabschluss ohne Buchführung.

Kostenlose Besichtigung und Verkauf in der W. Rieker'schen Buchhandlung in Altensteig.

**„Sana“**



Handgepresster feiner  
**Shagtabak für Pfeifenraucher**

bei  
**Lorenz Luz jr., Telefon 46**  
Altensteig

Tobak-  
speziallager.      Wiederverkäufer  
höchsten Rabatt!

Altensteig.  
in ungarische  
**Speise-  
Zwiebela  
Stal. Knoblauch**

sowie  
**jämliche Gewürze**  
offen und in Paketen  
**zum Schlachten**  
empfiehlt  
**Chr. Burghard jr.**

## Abreiss- kalender

sind wieder eingetroffen  
in der  
**W. Rieker'sche Buchhandlung  
Altensteig.**

**Marktneuheit.**  
Ein starkes  
**Fäuser-  
schwein**



(ca. 100 Pf.) verkauft  
Altensteig.

Wöhrersberg, den 28. Jan. 1924.

## Todes-Anzeige.



Teilnehmenden Verwandten, Freunden und Bekannten geben wir die herzlichste Nachricht, daß mein lieber Vater, unser guter Vater, Bruder, Schwager und Onkel

### Christian Seeger

Händler

heute früh nach kurzer schwerer Krankheit in die ewige Heimat abgerufen wurde.

Die tiefgebeugte Wittin  
mit ihren Kindern.

Beerdigung: Mittwoch nachmittag 2 Uhr.

## Schuhmacher-Zwangs-Innung

des Bezirks Nagold.

Am Sonntag, den 3. Febr., nachm. 3 Uhr  
**Vollversammlung**  
im „Waldhohn“ in Eßhausen.

Tagesordnung:

1. Handwerkskammerwahl.
2. Verschiedene wichtige Besprechungen.

1/2 Uhr **Kinderschützlingeversammlung**  
Der Obermeister.

## Druckarbeiten

für Behörden, Geschäfte  
u. Private liefert schnell  
und preiswert die  
**W. Rieker'sche Buchdr.**

Schulhaus.  
Freudenstadt: Friederike Dieb  
geb. Waldenhofer, Buch-  
händlerin u. Gemeinderat-  
Witwe, 71 J.

Für die einfache und  
bürgerliche Küche  
ist empfohlen:



**Schwarzwälder-  
Speckback**

von Luise Hainlar.  
Rein, vollständig neu  
bearb., stark vermischt  
Kaufpreis 1,00 S. halbes  
Kilo.

zu haben in der  
**W. Rieker'schen Buchdr.**  
Altensteig.

Hainbrunn.

## Dankagung.



Für die wohlwollende Liebe und Anteilnahme bei dem Hinscheiden unserer lieben Mutter u. Schwester

### Maria Waibelich Witwe

für die kostbaren Worte des Herrn Pfarrers Schmid, für den schönen Gesang des Herrn Hauptlehrers Hofmeister mit den Jungfrauen, für die vielen Blumen Spenden, sowie für die zahlreiche Begleitung zu ihrer letzten Ruhestätte sagt herzlichsten Dank  
der Sohn: **Michael Waibelich.**

# Spiegel u. Bilder

in schöner preiswerter Auswahl  
in der  
**W. Rieker'sche Buchhandlung, Altensteig.**

Einen  
**Rieschbaum-  
stamm**  
verkauft  
**Rapp, Garweller.**

## Ihre Druckarbeiten

bekommen Sie in solcher Ausführung nirgends billiger und  
schneller als in der  
**W. Rieker'schen Buchdruckerei,**  
Telefon Nr. 11.      Altensteig.      Telefon Nr. 11

